

Jugendministerkonferenz

am 18./19. Mai 2006

in Hamburg

TOP 10

Demografischer Wandel und seine Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe

Beschluss:

1. Die Jugendministerkonferenz nimmt die auf der Grundlage ihres Beschlusses vom 12./13. Mai 2005 „Demographischer Wandel und der Beitrag der Kinder- und Jugendhilfe“ von der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden erarbeiteten Eckpunkte für Handlungsstrategien in den verschiedenen Aufgabenfeldern zur Kenntnis. Sie begrüßt, dass mit diesem Eckpunktepapier zur demografischen Entwicklung ein wichtiger Orientierungsrahmen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe vorgelegt worden ist.
2. Die Jugendministerkonferenz stellt fest, dass die prognostizierte demografische Entwicklung als Folge des Geburtenrückganges eine zentrale gestalterische Herausforderung darstellt, der sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse der Zukunftsfähigkeit unseres Landes stellen müssen. Sie begrüßt daher die aktuelle Befassung zahlreicher Fachministerkonferenzen mit diesem Thema. Die Jugendministerkonferenz hält es für erforderlich, dass in allen Aufgabenfeldern der Jugendhilfe die Herausforderung durch die demografische Entwicklung zu einer Profilschärfung und Weiterentwicklung genutzt wird. Dies ist auch gerade deswegen von besonderer Bedeutung, weil neben dem demografischen Faktor insbesondere die Bedingungen des Arbeitsmarktes, der Bildung, Ausbildung und des Berufseinstiegs sowie Chancen und Anforderungen von Bindung und Flexibilität den Werdegang junger Menschen und die Handlungsfelder der Jugendhilfe maßgeblich beeinflussen.
3. Die Jugendministerkonferenz ist der Auffassung, dass die knapper gewordenen haushaltsmäßigen Ressourcen trotz demographischer Veränderungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe weiterhin sinnvolle Investitionen sind, die noch zielge-

richteter eingesetzt und gegebenenfalls bedarfslagenorientiert umgeschichtet werden müssen.

4. Die vielfältigen Auswirkungen von Geburtenrückgang und Alterung der Gesellschaft auf die Lebenssituationen von jungen Menschen und ihren Familien dürfen nicht dazu führen, dass Jugend zu einer Randgruppe wird und sich als eine solche wahrnimmt. Die Jugendministerkonferenz ist besorgt, dass eine solche Wahrnehmung das Interesse junger Menschen an politischer Mitgestaltung weiter reduziert. Sie erachtet daher die Entwicklung und Umsetzung erweiterter Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowie verstärkte Anstrengungen zur Förderung der politischen Bildung junger Menschen für unabdingbar.
5. Die Jugendministerkonferenz sieht ferner die Notwendigkeit, dass Jugendhilfe stärker als bisher das Miteinander der Generationen in den Blick nimmt. Der Umgang mit anderen, insbesondere auch mit anderen Altersgruppen, muss heute für ein funktionierendes Zusammenleben in der Gemeinschaft mehr denn je gelernt und trainiert werden. Dies ist eine Aufgabe für alle Generationen. Erreicht werden muss ein Miteinander der Generationen, welches es der Jugend ermöglicht, neben der Ausprägung ihrer Eigenständigkeit auch eine konstruktive Auseinandersetzung mit bis zu drei älteren Generationen zu führen.
6. Die Jugendministerkonferenz ist besorgt, dass als Folge weiter steigender Anforderungen an berufliche Qualifikationen der Anteil junger Menschen ohne Berufsabschluss eher steigen als abnehmen wird. Zudem verweist sie auf den seit Jahren annähernd konstant hohen Anteil der Schulabgänger, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Mit Blick auf eine prognostizierte Abnahme des Arbeitskräftebedarfes für einfache Fach- und Hilfstätigkeiten erwartet die Jugendministerkonferenz nicht, dass die mit dem demografischen Wandel verbundenen Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung die Integrationschancen junger Menschen ohne Schul- und Ausbildungsabschluss auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Sie erachtet daher eine programmatische Anpassung der Konzepte und Angebote der Jugendsozialarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Belange von Mädchen und jungen Frauen sowie von jungen Menschen mit Migrationshintergrund für erforderlich. Dabei muss problematischen Entwicklungen in den Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen, schulischen und beruflichen Integration offensiv entgegengewirkt werden.

7. Die Jugendministerkonferenz sieht in der absoluten und relativen Zunahme von insbesondere jungen Menschen mit Migrationshintergrund eine besondere Herausforderung, die Integrationsbemühungen aller beteiligten Stellen erheblich zu verstärken. Die zu bewältigenden Integrationsaufgaben werden zu einer steigenden und veränderten Nachfrage nach Angeboten und Leistungen der Jugendsozialarbeit führen. Da die mangelnde Sprachkompetenz ein zentrales Integrations- und Bildungshindernis bei Familien mit Migrationshintergrund darstellt, muss Sprachförderung zum Standardangebot von Kindertagesbetreuung, Jugendarbeit und Familienförderung werden. Kindertagesstätten erreichen ausländische Kinder und ihre Mütter besonders leicht und sind deshalb als Orte der Förderung besonders gut geeignet. Auch müssen Integrationsprozesse durch bürgerschaftliches Engagement noch stärker unterstützt werden.

8. Besonderen Handlungsbedarf sieht die Jugendministerkonferenz in der Tatsache, dass trotz des Geburtenrückganges die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die erheblichen erzieherischen Unterstützungsbedarf haben und deren schulischer Leistungsstand eine erfolgreiche Teilnahme am Erwerbsleben in Frage stellt, im Vergleich zu anderen Ländern viel zu hoch ist.

Der Ausbau der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule muss so gestaltet werden, dass beide Systeme regelhaft im Bereich Betreuung, Erziehung und Bildung zusammenwirken, um rechtzeitig einer Ausgrenzung vorzubeugen. Die von der Jugendministerkonferenz und der Kultusministerkonferenz 2004 verabschiedeten Empfehlungen müssen deshalb Grundlage regelhafter Vereinbarungen zwischen Schulen und Jugendhilfe in den Kommunen werden.

9. Um die Erziehungsfähigkeit der Familien zu stärken und die Bildungsqualifikation insbesondere von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit ungünstigen Bildungsvoraussetzungen zu verbessern, muss die Jugend- und Familienpolitik noch stärker ausgerichtet werden auf Selbsthilfeansätze in der Familie, die Neubelebung und Verstärkung der Generationensolidarität, pragmatische Informationsvermittlung gemäß sich wandelnder Rahmenbedingungen, Vermittlung von Gestaltungskonzepten bzw. Handlungsoptionen in Übergangssituationen zwischen den Lebensphasen, Eröffnung innovativer Modelle der familienergänzenden Hilfen, Gesundheitserziehung und Wahrnehmung ökologischer Verantwortung. Die Jugendministerkonferenz hält es für zwingend notwendig, dass die Stärkung der Erziehungskraft der Familien frühzeitiger und zielgerichteter und damit präventiv bereits im Vorfeld der erzieheri-

schen Hilfen erfolgt, um Eltern zur eigenverantwortlichen Erziehung und Förderung der Bildung ihrer Kinder unter den veränderten Anforderungen zu befähigen.

10. Demografisch orientierte familienpolitische Ansätze sollten verstärkt die Leistung der Familien, die der Verantwortung für Kinder bis zu deren wirtschaftlicher Selbständigkeit tatsächlich gerecht werden, anerkennen und angemessen fördern. Besonders für die aufwachsende Generation wird diese alltägliche Erfahrung der sozialen Gerechtigkeit immer mehr zum Prüfstein für den bildungspolitisch vermittelten Wertekanon. Nach den in der Familie vermittelten Grundwerten wird diese Erfahrung die künftige Bereitschaft zur elterlichen Verantwortung entscheidend prägen.

11. Die Jugendministerkonferenz stellt fest, dass es bei einem Absinken der Gesamtbevölkerungszahlen um so wichtiger ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, um Frauen und Männern Berufstätigkeit trotz Kinderwunsches zu ermöglichen. Darüber hinaus gilt es, angesichts des abnehmenden Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung vorhandenes Erwerbspersonenpotential auszuschöpfen. Hierzu bedarf es eines flächendeckenden und in Umfang und Ausgestaltung bedarfsorientierten Auf- und Ausbaus von Angeboten an Kindertagesplätzen. Inhaltlich müssen diese Angebote darauf ausgerichtet sein, die frühkindlichen Bildungspotentiale zu stärken und Bildung von Anfang an sowie Integrationsprozesse zu fördern und soziale Kompetenzen durch Gleichaltrigen-Erfahrungen in einer alternden Gesellschaft zu üben.